

Vorlesung "Auswirkungen der Informatik"

Datenschutzrecht

Lutz Prechelt
Freie Universität Berlin

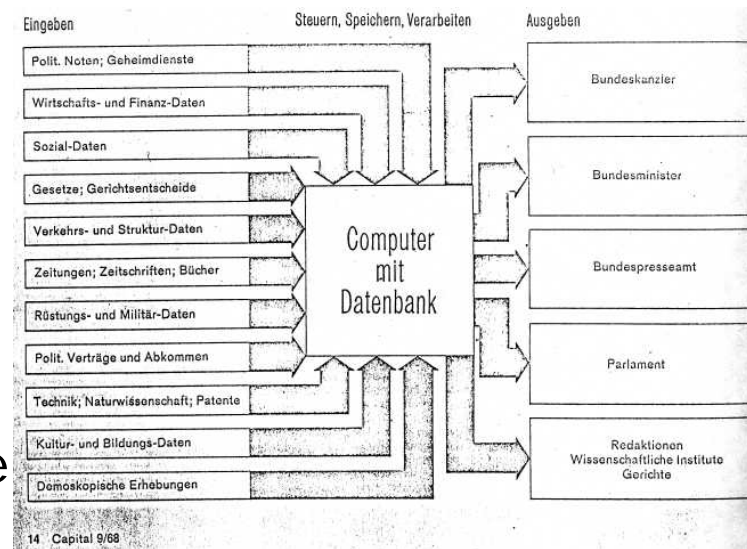
- Begründung und Grundlage
- Thesen: "Zank" und "Eiertanz"
- EU-DSGVO
 - und ein wenig BDSG
- sonstiges IT-Recht

- Staatliche Stellen
 - dürfen nichts, es sei denn, es ist ausdrücklich erlaubt
 - Warum?: Prinzip der *Gesetzmäßigkeit der Verwaltung*:
 - Artikel 20 Grundgesetz: "Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden."
- Privatpersonen (und private Organisationen)
 - dürfen alles, es sei denn, es ist ausdrücklich verboten
 - Warum?: Grundrechte
 - Artikel 1-19 Grundgesetz, z.B. freie Entfaltung der Persönlichkeit

In Deutschland:

- Seit dem Preußischen Zentralstaat (und auch im 3. Reich) gab es ein zentralisiertes Meldewesen
- 1949: Grundgesetz Artikel 20:
 - (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
 - Sozialstaatsprinzip, Bundesstaatsprinzip (Föderalismus)
 - Sozialstaat führt zu starkem Anwachsen der Verwaltungsaufgaben und damit des Informationsbedarfs
 - Föderalismus führt zu Dezentralisierung (z.B.) des Meldewesens
 - (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
 - Rechtsstaatsprinzip
 - Rechtsstaat verlangt nach gesetzlichen Grundlagen für Regierungs- und Verwaltungshandeln

- Regierungsplan 1968:
Bundes-Datenbank-Netz
 - Zusammenführung aller Daten aller Verwaltungen und Erschließung über Personenkennzeichen
 - Kontroverse öffentliche Diskussion
- Einführung erster Datenschutzgesetze in Bundesländern (zuerst 1970 Hessen)
- 1977 erstes Bundes-Datenschutzgesetz (BDSG)
- 1983 Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts
 - **"Recht auf informationelle Selbstbestimmung"**
 - Ein Grundrecht!
- 1990 Neufassung des BDSG
 - "Persönlichkeitsrechtsmodell"
- 2016 EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)
 - gültig ab Mai 2018. Hochkompliziert. War hochumkämpft.



"Datenschutz" ist also ein sehr verkürzender Begriff!

- Artikel 1, Absatz 1:
"Die **Würde des Menschen** ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."
- Artikel 2, Absatz 1:
"Jeder hat das **Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit**, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt."

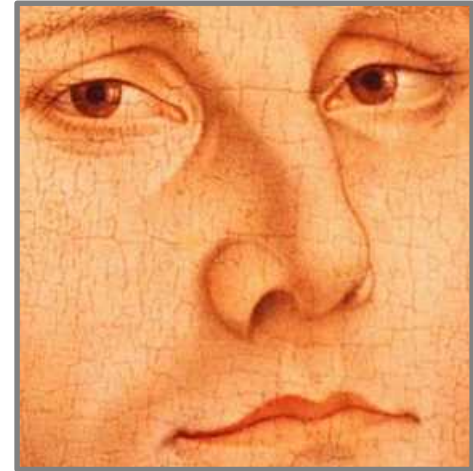


"Volkszählungsurteil" des BVerfG 1983

Aus dem Urteil:

- "1. [Es] wird der Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung [...] seiner persönlichen Daten von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG umfaßt.
Das Grundrecht gewährleistet insoweit *die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.*"
 - Einschränkungen nur verhältnismäßig und im Allgemeininteresse
- "*Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen [...] gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen.*"
 - und wäre also unfrei
 - und das wäre schlecht für alle, weil Freiheit für ein demokratisches Gemeinwesen zum Funktionieren wichtig ist.

- These "Abwägungen":
Die informationelle Selbstbestimmung gesetzlich zu regeln erfordert zahlreiche schwierige Abwägungen.
- These "Eiertanz":
Deshalb enthält das Datenschutzrecht (unvermeidlich) viele schwammige Regeln.
- These "Zankapfel":
Einige Regeln sind besonders heftig umstritten, weil im Zeitalter von Big Data daran starke Gewinninteressen hängen.



Zankapfel, Eiertanz

Zankapfel: Ein Gegenstand heftigen Streits.

Griechische Mythologie:
καλλίστη, "der Schönsten".

Geschenk der Göttin Eris an eine Götterparty,
weil sie nicht eingeladen war.



[Quelle](#)



Pieter Aertsen:
"Der Eiertanz",
1552



- **EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO, "EU")**
 - unmittelbar gültig in der gesamten EU
 - recht lang: **99 Artikel** ([EU-Infowebseite](#), [Infografik](#)) EU 1, ...
 - plus 173 "Erwägungsgründe" als Kommentar
- **Bundes-Datenschutzgesetz (BDSG, "DE")**
 - formt die DSGVO für Deutschland aus
 - auch noch mal lang: **85 Paragraphen** DE 1, DE 2, ...
 - viel länger als das alte BDSG, das alles alleine regelte!
- Im Detail saukompliziert!
 - Oft kann man Gesetze ganz gut auch als Laie lesen.
Diese hier eher schwer. **Wir betrachten sie nur sehr grob!**
 - *Für echte Anwendungen unbedingt direkt im Rechtstext nachlesen*
- Gute Netzquelle: [dsgvo-gesetz.de](https://www.dsgvo-gesetz.de)
 - verbindet EU-DSGVO-Artikel mit zugehörigen Erwägungsgründen und BDSG-Paragraphen

Jetzt wird's
trocken!

- Gilt für: Behörden, Firmen, Vereine etc. (EU Art. 2,3, DE §1, also in unserer Notation: EU 2, EU 3, DE 1)
 - Inkl. Außer-EU-Firmen, die in der EU Waren/Dienstleistungen anbieten (auch unentgeltliche).
 - Div. Einschränkungen in anderen Gesetzen, insbes. für Geheimdienste
 - Nicht gültig im rein privaten Bereich
- Deckt ab: Alle Verarbeitung "personenbezogener Daten"
- 25 Begriffsbestimmungen in EU 4, plus 4 in DE 2
 - z.B. personenbezogene Daten, **betroffene Person**, Verarbeitung, Profiling, **Verantwortlicher (V)**, Auftragsverarbeiter (AV), Empfänger, Einwilligung; öffentliche/nichtöffentliche Stelle.
 - Für genaue Bedeutung wichtig; wir gehen damit eher lässig um

Anforderungen:

- a) rechtmäßig, transparent
- b) Zweck eindeutig festgelegt und legitim
 - "Zweckbindung"
- c) zweckangemessen, auf zwecknötiges Maß beschränkt
 - "Datenminimierung" (altes BDSG: "Datensparsamkeit")
- d) Daten korrekt und aktuell
 - Maßnahmen zur ggf. Berichtigung oder Löschung
- e) Speicherung nur so lange, wie für Zweck nötig
- f) Schutz der Daten vor unrechtmäßiger Verarb. , vor Verlust/Zerstörung/ Verfälschung



Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (EU [6](#))

(1) Nur gegeben, wenn:

- a) **Einwilligung** vorliegt,
- b) zur Vertragserfüllung,
- c) wg. rechtlicher Verpflichtung,
- d) zum Schutz lebenswichtiger Interessen,
- e) im öffentl. Interesse oder für staatliche Aufgabe,
- f) zur Wahrung der Interessen Dritter
 - aber abgewogen gegen Interessen Betroffener.



(Einwilligung bietet die größte Rechtssicherheit)

Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (DE)

- DE 3: Verarbeitung durch öffentliche Stellen
 - nur zur Aufgabenerfüllung
- DE 23: Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen
 - nur aus 6 benannten Gründen, z.B. Verfolgung v. Straftaten
- DE 24: Verarb. zu and. Zw. durch nichtöffentliche Stellen
 - nur f. Gefahrenabwehr und zivilrechtliche Ansprüche
- DE 25: Datenübermittlungen durch öff. Stellen
 - an öff. St.: nur wenn nötig, gleiche Zweckbindung
 - an nichtöff.: auch bei berechtig. Interesse; zweckgebunden

Ferner:

- DE 4: Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume
 - nur f. berechtig. Interessen
- DE 27: Datenverarb. zu wissenschaft./histor. Forschungszwecken u. statist. Zwecken
 - abgewog. Sondererlaubnisse
- DE 31: Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften
 - Bonitäts-Scoring nur m. Einschränkungen erlaubt

Bedingungen für die Einwilligung (EU 7, 8)

- (2) Einwilligung darf nur wenig mit anderen Dingen vermischt werden
- (3) Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden
 - das muss man vor der Einwilligung auch erläutern
 - es darf nicht schwieriger sein als die Einwilligung
 - wirkt nur in die Zukunft
- (4) Einwilligung darf zur Vertragserfüllung nur im nötigen Ausmaß verlangt werden
- EU 8: (1) Für Kinder unter 16 müssen die Eltern einwilligen
 - (2) und der V. muss sich angemessen darum bemühen, dass das wirklich die Eltern waren.

- (1) Verboten ist Verarb. von Daten zu:
 - rassistische/ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, genetische Daten, biometrische ID-Daten, Gesundheit, Sexualleben, sexuelle Orientierung
- (2) Ausnahmen:
 - a) nach **Einwilligung**
 - b) wg. Arbeitsrecht oder Sozialschutz
 - c) wg. lebenswichtiger Interessen
 - d) "passende" Verarb. durch einschlägige Organisation
 - z.B. Gewerkschaft oder Kirche darf ihre Mitglieder kennen
 - e) Daten sind vom Betroffenen öffentlich gemacht
 - f) wg. Rechtsansprüchen oder durch Gericht
 - g) angemessen im öff. Interesse mit besond. Rechtsgrundlage
 - h) medizinischer Bereich, (i) öffentl. Gesundheit
 - j) angemessen u. besonders geschützt f. Forschung/Statistik



Sonstige Grundsätze (EU 10, 11)

- Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (EU [10](#))
 - nur unter behördlicher Aufsicht oder m. besond. Rechtsgrundlage
- Verarbeitung, für die eine Identifizierung der betroffenen Person nicht erforderlich ist (EU [11](#))
 - Ist der Personenbezug nicht (mehr) nötig, darf der V. ihn löschen
 - und EU 15 bis EU 20 werden dann nicht angewendet
 - und soll das ggf. Betroffenen mitteilen.

- EU [12](#): V. muss über Auskunftsrechte EU 13-22 in verständlicher Form informieren
 - und mit einfachen Verfahren, binnen 1 Monat, meist unentgeltlich Auskunft geben.
- EU [13](#): Bei Erhebung muss vom V. mitgeteilt (oder (4) vorher zugänglich gemacht) werden:
 - (1) a) Kontaktdaten d. Verantwortlichen, c) Zwecke, d) ggf. die berechtigten Interessen, e),f) ggf. Empfänger
 - (2) a) Dauer d. Speicherung, b) c) d) Rechte des Betroffenen, f) ggf. Logik u. Wirkungen automatisierter Entscheidungsfindung
- EU [14](#): (1) (2) Ähnlich auch, wenn nicht bei Betroffenen erhoben
 - (3) und zwar zügig
 - (5) außer wenn a) schon bekannt, b) Aufwand unverhältnismäßig oder d) Vertraulichkeitspflicht besteht

- (1) Man kann Auskunft verlangen über:
 - a) Zwecke b) Kategorien verarbeiteter Daten
 - c) Empfänger d) geplante Dauer der Speicherung
 - g) Herkunft der Daten
 - h) ggf. Logik & Wirkungen automatischer Entscheidungsfindung

- (3) "Der Verantwortliche stellt eine Kopie der personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, zur Verfügung."
 - und zwar "in einem gängigen elektronischen Format", wenn der Antrag elektronisch war.



- EU 16: Sind Daten unrichtig, kann man unverzügliche Berichtigung oder Vervollständigung verlangen.
- EU 17:
 - (1) Man kann Löschung verlangen, wenn
 - a) Daten nicht mehr notwendig
 - b) Einwilligung wird widerrufen
 - c) Widerspruch wird eingelegt
 - d) Verarbeitung war unrechtmäßig
 - (2) Bei öffentlich gemachten Daten muss V. angemessen die Welt über das Löschverlangen informieren
 - (3) Beides nicht, falls Verarbeitung nötig für:
 - a) Recht auf Meinungsäußerung und Information
 - b) c) d) e) rechtl. Verpflichtung, öffentl. Interesse, Rechtsansprüche
- EU 18:
 - Statt Löschung kann man oft auch Sperrung verlangen
 - insbes. während Richtigkeit oder Rechte geklärt werden
- EU 19: Berichtigung/Löschung ist Empfängern mitzuteilen

- EU 20: (1) "Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem V. bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten [...]"
- (2) "[und das Recht,] dass die personenbez. Daten direkt von einem V. einem anderen V. übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist"
- EU 21: (1) Einer erlaubten Verarbeitung, die ohne Einwilligung erfolgt, kann man aus besonderer eigener Situation heraus widersprechen.
 - Nicht gegen zwingende schutzwürdige Gründe des V.
 - (2) (3) Immer bei Direktwerbung
 - (5) Manchmal auch mittels automatisierter Verfahren (z.B. do-not-track)



- (1) Komplett automatisierte Entscheidungen sind nicht erlaubt, wenn sie betroffene erheblich beeinträchtigen, außer:
 - (2) a) wenn für Vertragserfüllung nötig
 - b) wenn nach Rechtsvorschrift erlaubt
 - c) wenn Einwilligung vorliegt
- (4) besondere Kategorien personenbez. Daten sind noch starker eingeschränkt.



Beschränkungen der Rechte (EU 23)

- (1) Die Rechte nach EU 12-22 können für wenige Zwecke beschränkt werden (wenn demokratisch u. verhältnismäßig):
 - a) nationale Sicherheit b) Landesverteidigung
 - c) öffentl. Sicherheit d) g) h) Strafverfolgung u.ä.
 - e) sonstige allg. öff. Interessen
 - f) Unabhängigkeit der Justiz
 - i) Schutz der Rechte von Personen
 - j) Durchsetzg. zivilrechtlicher Ansprüche
- (2) Die beschränkenden Regeln müssen zahlreiche Bedingungen erfüllen (a bis h)



- EU [24](#): Verantwortlicher (V) muss Vorkehrungen zur Regeleinhaltung treffen und das nachweisen können
- EU [25](#): Datenschutz durch Technikgestaltung und durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen
 - Pseudonymisierung wo möglich, Datenminimierung, Speicherfristen, per Voreinst. nur nötige Daten f. Zweck, Zugang nur f. beschränkten Personenkreis
- EU [26](#): Gemeinsam für die Verarbeitung Verantwortliche legen angemessen fest, wer welchen Teil der Pflichten übernimmt und teilen das mit
 - Betroffene können Rechte bei allen geltend machen
- EU [27](#): Außer-EU-V. müssen Inner-EU-Vertreter benennen.



EU 28:

- (1) Nur verlässliche Auftragsverarbeiter (AV) sind erlaubt
- (2) Die dürfen weitere AV nur nach Genehmigung beauftragen
- (3) Sie müssen vertraglich an die DSGVO und weitere spezifische Pflichten a) bis h) gebunden werden
- (4) und müssen diese ggf. an weitere AV weitergeben

EU 30:

- (1) V. und Vertreter führen Verzeichnis von Verarb.tätig.:
zust. Personen, Zwecke, Kateg. betroffener Personen,
Categ. von Empfängern, Übermittlungen in Drittländer,
Löschfristen, organis. Maßnahmen
- (2) ähnlich die AV
- (5) Ausnahmen manchmal für V. unter 250 Mitarbeitern



- EU 32: (1) Verarb. muss nach Stand der Technik erfolgen, mit Maßnahmen zur Risikosenkung wie
 - a) Pseudonymisierung, Verschlüsselung
 - b) dauerhafte Fähigkeit, Vertraulichk., Integrität u. Verfügbark. sicherzustellen
 - c) funktionierendes Backup/Restore
 - d) Verfahren zur Überwachung der Wirksamkeit der Maßnahmen
- (2) Vorbeugung muss verhältnismäßig zum Risiko erfolgen
- EU 33: (1) V. melden DS-Verletzungen binnen 72h an Aufsichtsbehörde; (2) AV melden an V.
 - (3) Meldung enthält mindestens: Betroffene, Kontaktperson, vermutliche Folgen, ergriffene Maßnahmen
- EU 34: Bei relevanten Verletz. muss auch der Betroffene benachrichtigt werden
 - (3) c) oder ggf. öffentliche Bekanntmachung

- EU 35: (1) (3) In riskanten Fällen muss V. eine Technikfolgenabschätzung aufschreiben:
 - (7) a) Verarbeitungsvorgänge
 - b) Bewertung Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit
 - c) Bewertung Risiken für Betroffene
 - d) geplante Abhilfemaßnahmen
- EU 36: (1) (3) V. muss Aufsichtsbehörde konsultieren, wenn demnach hohes Risiko besteht
 - (2) Diese kann dann Empfehlungen geben
- EU 36: (4) Mitgliedstaaten konsultieren Aufsichtsbehörde bei der Vorbereitung von Datenschutz-Gesetzgebung



- DE [38](#): Die meisten Organisationen brauchen eine/n Datenschutzbeauftragte/n (DSB)
 - insbes. immer ab 10 verarbeitenden Personen
- EU [37](#): (5) DSB muss qualifiziert sein
- EU [37](#): (2) (3) (4) aber mehrere Organisationen können sich DSB teilen
- EU [38](#): (1) DSB muss eingebunden werden,
(2) muss Unterstützung, Ressourcen und Zugang erhalten,
(3) darf als DSB keine Weisungen erhalten und nicht einfach abberufen werden
 - (4) Betroffene können DSB konsultieren
 - (5) DSB hat Vertraulichkeitspflicht
- EU [39](#): DSB unterrichtet V. über Pflichten und überwacht deren Einhaltung

- EU [40](#): (5) Verbände u.ä. können Durchführungs-Verhaltensregeln formulieren
 - (5) die von der Aufsichtsbehörde genehmigt und veröffentlicht werden
 - (7) (8) (9) (10) (11) diese können ggf. sogar von EU-Gremien EU-weit verbindlich gemacht werden
- EU [41](#): Deren Überwachung kann von der Aufsichtsbehörde einer eigens dafür akkreditierten Einrichtung übertragen werden.
- EU [42](#): (1) Es sollen Zertifikate/Siegel eingeführt werden, die die Einhaltung der DSGVO bescheinigen
 - (2) auch (per vertraglicher Bindung) für Außer-EU-V. und AV.
- EU [43](#): Dafür werden Zertifizierungsstellen akkreditiert

- EU [44](#): Außer-EU-Übermittlung ist nur erlaubt, wenn Einhaltung der DSGVO weiter gewährleistet werden kann
 - EU [46](#): (1) (2) (3) (4) (5) Details dazu, wie das aussehen kann
- EU [45](#): (1) Ist pauschal erlaubt, wenn die EU für das Drittland "angemessenes Schutzniveau" festgestellt hat
 - (2) (3) (4) (5) (6) (7) (8) (9) Regeln dazu, wie das geht.
- EU [48](#): V. dürfen aufgrund von Außer-EU-Gerichts- oder -Verwaltungsanforderungen Daten nur übermitteln, wenn Rechtshilfeabkommen besteht
 - ((ein spannendes Gerangel zwischen EU und USA))
- EU [49](#): Liste von Ausnahmeerlaubnissen f. Übermittlung in Drittländer
 - z.B. Einwilligung der Betroffenen, Interessen der Betroffenen



- EU [47](#): Internationale Firmengruppen können sich länderübergreifende DSGVO-konforme Regeln geben
 - Aufsichtsbehörde genehmigt die ggf. nach Anforderungen (1) a) b) c), (2) a) b) c) d) e) f) g) h) i) j) k) l) m) n)

- EU [51](#): Jeder EU-Staat richtet Aufsichtsbehörde(n) (AB) ein
 - EU [52](#): (1) (2) (3) (4) (5) (6) AB sind unabhängig
 - EU [53](#): (1) Mitglieder müssen in transparentem Verfahren ernannt werden (→EU [54](#)), (2) qualifiziert sein, (4) dürfen nur unter wenigen Umständen enthoben werden
 - DE [12](#), DE [13](#): Detailregeln für Deutschland
- EU [57](#): (1) Aufgaben:
 - a) Verordnung durchsetzen
 - b) Öffentlichkeit aufklären, insbes. Kinder
 - c) Parlament, Regierung, Einrichtungen beraten
 - d) V. und AV sensibilisieren
 - sowie ferner e) f) g) h) i) j) k) l) m) n) o) p) q) r) s) t) u) v)
- EU [58](#): AB hat entsprechende Befugnisse
 - Siehe auch DE [16](#), [21](#), [29](#), [40](#)
- EU [59](#): AB erstattet jährlich öffentlich dem Parlament Bericht



- Darin geht es um die Zusammenarbeit der AB der Staaten und mit der EU, um ein sinnvoll zusammenpassendes ("kohärentes") Gesamtregime hinzubekommen.
 - DE [18](#): In Deutschland gibt es zudem noch Länder-Datenschutzbehörden

- EU 77 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde
- EU 78 Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen eine Aufsichtsbehörde
- EU 79 Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter
- EU 80 Vertretung von betroffenen Personen
- EU 81 Aussetzung des Verfahrens
- EU 82 Haftung und Recht auf Schadenersatz
- EU 83 Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen
- EU 84 Sanktionen

Zusammen:

- Rechtsschutz
 - auch gegen außer-EU-V. (wg. EU 27),
 - auch durch NGOs wahrnehmbar (EU 80)



- EU [82](#): (1) Schadenersatz für DSGVO-Verletzung steht ggf. Geschädigten zu, selbst wenn sie nicht Betroffene sind.
- EU [83](#): (1) Geldbußen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.
 - (2) Zu berücksichtigen sind a) b) c) d) e) f) g) h) i) j) k).
 - (4) Höhe in best. Fällen a) b) c) bis 2% d. **weltweiten** Jahresumsatzes (mind. bis 10 Mio. EUR)
 - (5) (6) in anderen Fällen a) b) c) d) e) sogar bis 4%
 - (sogar Google zittert vor dieser Regel)
- DE [41](#): Es findet dabei das Ordnungswidrigkeitenrecht und Strafrecht Anwendung
- DE [43](#): (3) Gegen öffentliche Stellen werden keine Geldbußen verhängt



- EU 85 Verarbeitung und Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit
 - zu harmonisieren. Z.B. (2) Wissenschaft und Journalismus bekommen nötigenfalls Sonderrechte
- EU 86 Verarbeitung und Zugang der Öffentlichkeit zu amtlichen Dokumenten
- EU 87 Verarbeitung der nationalen Kennziffer
- EU 88 Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext
- EU 89 Garantien/Ausnahmen bei Verarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archiv-/wiss./stat. Zwecken
 - bekommen Sonderrechte, aber:
Datenminimierung, Pseudonymisierung verlangt
- EU 90 Geheimhaltungspflichten
- EU 91 Bestehende Datenschutzvorschriften von Kirchen und religiösen Vereinigungen oder Gemeinschaften

Kapitel 10:

- [EU 92 Ausübung der Befugnisübertragung](#)
- [EU 93 Ausschussverfahren](#)

Kapitel 11:

- [EU 94 Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG](#)
- [EU 95 Verhältnis zur Richtlinie 2002/58/EG](#)
- [EU 96 Verhältnis zu bereits geschlossenen Übereinkünften](#)
- [EU 97 Berichte der Kommission](#)
- [EU 98 Überprüfung anderer Rechtsakte der Union zum Datenschutz](#)
- [EU 99 Inkrafttreten und Anwendung](#)

Puh!

- These "Abwägungen":
Die informationelle Selbstbestimmung gesetzlich zu Regeln erfordert zahlreiche schwierige Abwägungen.
- These "Eiertanz":
Deshalb enthält das Bundesdatenschutzgesetz (unvermeidlich) viele schwammige Regeln.
- These "Zankapfel":
Einige Regeln sind besonders heftig umstritten, weil im Zeitalter von Big Data daran starke Gewinninteressen hängen.



Hilfen zur Anwendung

- EU-Informationssseiten
 - [für Bürger/innen](#)
 - [für Unternehmen etc.](#)
- Datenschutzkonferenz (DS-Behörden von Bund und Ländern) veröffentlicht "[Kurzpapiere](#)" zu diversen Teilthemen

- Bundesbeauftragte für den Datenschutz
 - Andrea Voßhoff
 - <http://www.bfd.bund.de>
- Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
 - Maja Smoltczyk
 - <http://www.datenschutz-berlin.de/>
- Virtuelles Datenschutzbüro
 - <https://www.datenschutz.de/>
 - z.B. [Katalog von Datenschutzrecht](#)



Andrea Voßhoff



Maja Smoltczyk

- Recht der Bürger auf Zugang zu den Informationen, die in öffentlichen Stellen vorliegen
 - Bürgerrecht in Schweden seit 1766
 - UNO 1946: "a fundamental human right"
 - In vielen Ländern seit langem gesetzlich verankert z.B. seit 1966 in den USA ([Freedom of Information Act](#))
 - Auch für die Organe der EU
 - http://www.informationsfreiheit.de/info_eu/index.htm
 - und in vielen europäischen Ländern
 - Deutschland: [Informationsfreiheitsgesetz](#) (2006)
 - auch einige Länder inkl. Berlin und Brandenburg
- Duales Gegenstück zum Datenschutz
 - Datenschutz: Abwehrrecht des Individuums
 - Informationsfreiheit: Leistungspflicht des Staates

- Zivilrecht
 - z.B. Persönlichkeitsrecht (relevant z.B. für Fotos von Menschen)
 - z.B. Vertragsrecht, Haftung/Schadenersatz, Störerhaftung, Gewährleistung
- Urheberrecht
 - relevant für das Nutzen (z.B. "Teilen") von Bildern, Videos, Musik, Texten, etc.
- Telemediengesetz (und anderes Medienrecht)
 - z.B. Impressum, Spam, gesetzeswidrige Inhalte, Datenschutz, Providerprivileg
- Telekommunikationsrecht
 - wichtig für Betreiber, bis hin zur Vorratsdatenspeicherung
- u.a.

- Das Datenschutzrecht beschreibt, in welchen Fällen und wie personenbezogene Daten verarbeitet werden dürfen
- Grundideen sind die Datensparsamkeit und die informationelle Selbstbestimmung
- Die meisten Regeln folgen diesen Grundideen und sind deshalb recht restriktiv (→ Zank)
 - Sie kennen jedoch viele Ausnahmen und Abwägungsklauseln (= Eiertanz)
- Beste Grundlage für eine legale Verwendung von Daten ist meist eine ausdrückliche Einwilligung unter Nennung des Zwecks
- Viele andere Rechtsvorschriften müssen ebenfalls beachtet werden

Danke!